Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 1

Artikel: Es geht um Glaubwürdigkeit
Autor: Koschnik, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339682

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Koschnik

Es geht um Glaubwürdigkeit

Wo eine sozialdemokratische Partei in der Regierungsverantwortung steht, tun sich die Genossen an der Basis oft schwer mit jenen in der Regierung. Das Thema der Regierungsbeteiligung ist in der SP Schweiz ein Dauerbrenner. Aber auch andere sozialdemokratische Parteien kennen das Problem. So auch die Bundesrepublik, deren SPD-Regierung nach den Wahlen in eine Koalition einsteigen musste, die den sozialdemokratischen Spielraum noch verkleinert hat. Hans Koschnik, Bremer SPD-Bürgermeister, fordert in diesem Zusammenhang die Genossen auf, das geistige Erbe zu erneuern und eine Reform des Denkens einzuleiten.

Die Regierung der Bundesrepublik hat in mühevoller Kleinarbeit ihr neues Programm erstellt. Es heisst noch lange nicht, jetzt mit dem «Genossen Frust» zu stimmen oder in den Chor der Enttäuschten und Verdrossenen einzufallen, wenn festgestellt wird: Die SPD wird sich fragen müssen, welche Rolle sie als Partei angesichts des Kompromisszwangs in einer Koalition einzunehmen gedenkt. Diese Frage ist alt, aber sie stellt sich heute offenkundig spitzer als in den vergangenen Jahren.

Das, was Sozialdemokraten aus ihrer Tradition und im Selbstverständnis ihres Godesberger Programms als demokratischen Sozialismus begreifen und an Werten und Zielen formuliert haben, wird von sozialdemokratischer Regierungspolitik niemals mit dem Anspruch der Vollständigkeit abgedeckt werden können, ich bin sicher, nicht einmal dann, wenn man ohne Koalitionsnotwendigkeit regierte, denn es gilt, Rücksicht zu nehmen auf viele Partner in der Welt, aber auch sich durchzusetzen gegen viele Gegner (zum Beispiel im Bundesrat) im eigenen Lande. Gleichwohl, ohne jenes Stück an wegweisender Programmatik, die allem pragmatischen Handeln vorausliegt und reichen darf bis zur Utopie, würde der Charakter der SPD als soziale Bewegung abhanden kommen.

Die Partei wird also der Regierung sowohl vorausdenken müssen als auch in kritischer Solidarität dem Kompromisscharakter jeder Regierungspolitik immer von neuem daraufhin abzuklopfen haben, ob er die Grundsubstanz der Sozialdemokratie enthält, nämlich mehr verantwortungsbewahrende Freiheit und weniger Ungerechtigkeit in einer solidarischen Gesellschaft.

Unterschiedliche Rollen

Die unterschiedlichen Rollen von Regierung und Partei, und diese in ihrem Verhältnis zueinander, dürfen nicht heruntergespielt werden, sondern müssen explizit zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden, wenn die Bürger nicht das Gefühl bekommen sollen, dass Grundpositionen bestenfalls in Parteiprogrammen, nicht aber im konkreten Prozess der praktischen Politik wiederzufinden sind.

Notwendige Unterschiede müssen herausgearbeitet werden im offenen und kritischen Dialog ohne den ängstlichen Blick auf Pressestimmen, die dahinter gleich Spaltungen zu wittern bemüht sind. Wer hier zu zaghaft ist, sollte die solidarische Kritik gar nicht erst beschwören.

Sodann werden wir uns fragen müssen, wessen Interessen wir Sozialdemokraten vertreten. Die SPD hat seit den Anfängen der Arbeiterbewegung ihr Mandat aus der Sache der Entrechteten, der Zurückgesetzten, der Kleinen und der Benachteiligten. Dabei muss es bleiben. Jeder eingeschlagene politische Weg muss deshalb darauf geprüft werden, ob die unteren Einkommensschichten mehr und gerechtere Chancen erhalten und eingebettet bleiben im Netz sozialer Sicherheit.

Jeder eingeschlagene politische Weg muss darauf geprüft werden, ob die unteren Einkommensschichten mehr und gerechtere Chancen erhalten und eingebettet bleiben im Netz sozialer Sicherheit.

Die aus gemeinsamem Kampf hervorgegangene Gemeinschaft von Sozialdemokraten und Gewerkschaften darf auch weiterhin durch keinen noch so verführerischen und taktisch einleuchtenden Kompromiss mit dem besitzbürgerlichen Lager geschwächt werden.
Eine weitere unverzichtbare Aufgabe ist die Zurückgewinnung eines Stückes geistiger Ausstrahlung in der Gesellschaft. Die Jugend wird uns in den 80er Jahren noch stärker als in den 70er Jahren fragen, ob wir ihr Zukunftsperspektiven eröffnen können.

Was tun wir?

Was tun wir angesichts von Welthunger und Aufrüstung, was tun wir gegen die Zerstörung von Natur, was tun wir, um die Übernahme von Eigenverantwortung im Sozialstaat zu fördern? Was tun wir, um die persönliche Freiheit und die Errungenschaften der Mitbestimmung gegen die Apparate, gegen die Konzentration von Macht in Wirtschaft und Gesellschaft zu verteidigen?
Gerade der jüngeren Generation dürfte schwer zu vermitteln sein, dass der Mut zur Zukunft vorrangig darin bestehen soll, Verständnis dafür zu haben, dass heute der Gürtel enger zu schnallen ist, damit es morgen wieder mehr Luft für konkrete Reformvorhaben gibt. Der Rotstift allein ist keine Stimulanz für sozialdemokratische Bewusstseinsbildung bei jungen Menschen. Und wer will es ihnen eigentlich verdenken, dass sie sich weniger für ausgeglichene Bilanzen interessieren, sondern etwas mehr über den Sinn des Ganzen und die Perspektiven wissen möchten.
Zuversicht in die Zukunft ist bei ihnen nur durch eine Politik zu gewinnen, die den Versuch unternimmt, sich auch in die Erfahrungswelt der jungen Menschen einzufühlen, für die die «Tendenzwende» nicht nach ökonomischen Daten definiert wird, sondern als Herausforderung auch unter schwierigen ökonomischen Bedingungen neue gesellschaftspolitische Perspektiven zu vermitteln – im Denken wie im Handeln.

Anspruch unverändert

Es ist wahr, dass es schwieriger geworden ist, unter veränderten Rahmenbedingungen den Anspruch der Reformpartei aufrechtzuerhalten. Aber es ist nicht wahr, dass dieser Anspruch deshalb geringer werden muss, weil der Handlungsspielraum der Regierung begrenzter ist. Um so wichtiger wird es sein, die möglichen Felder gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in der Partei und durch die Partei zu besetzen – auch im produktiven Dialog mit der Regierung.
Die Frage, ob bei mangelndem Wachstum und fehlender Zuwachsraten der Boden für sozialdemokratische Reformpolitik verloren ist, diese Frage ist falsch gestellt. Gerade dann ist sozialdemokratische Politik gefordert. Es hat sich ein falscher Reformbegriff eingeschlichen. Das muss man auch jenen Genossen sagen, die so tun, als sei sozialdemokratische Politik am Ende, weil sie keine Zuwächse mehr verteilen können, Zuwächse, die es auf längere Zeit nicht mehr gibt.

Der Rotstift allein ist keine Stimulanz für sozialdemokratische Bewusstseinsbildung bei jungen Menschen.

Geistige Erneuerung

Was wir brauchen, ist neben der Suche nach politischen Lösungen die geistige Reform unseres Denkens. Ich rufe in Erinnerung, dass das Godesberger Programm «sozialistisches Wollen» an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus orientiert sehen will. Wir zehren von einem beachtlichen Fundus an sozialdemokratischen Gesinnungen aus der Tradition unserer Väter. Wir kommen nicht umhin, dieses geistige Erbe zu erneuern – wollen wir die Identität als Partei des demokratischen und sozialen Fortschritts nicht verspielen.
Hier muss die Partei sich reaktivieren, um der Regierung Gassen zu öffnen. Wir haben eine Reihe von programmatischen Grundlagen dafür, die allerdings sofort in die politische Ablage gewandert sind, sobald sie beschlossen und gedruckt waren. Aber vielleicht entdecken ja auch Sozialdemokraten einmal ihre eigenen Grundsatzdokumente wieder. Im Orientierungsrahmen beispielsweise oder das Papier zu den «Grundwerten», in dem erstmals die Probleme der politischen Kultur neu aufgearbei-

tet wurden. Beides bietet mehr als nur Anstösse, über die politische Arbeit des Alltags zu grundlegenden Fragen und Zukunftsperspektiven vorzustossen.
Dies schliesst die Bemühung um Glaubwürdigkeit als Teil unseres gesamtpolitischen Weges ein. Eine konsequente Reformpolitik wird nicht daran gemessen werden, ob wir innerhalb von kurzer Zeit viel fordern, sondern ob das Wichtige, was wir über eine grosse Zeitspanne hinweg als Ziel verfolgen, Bestand hat und auch verwirklicht wird, oder ob wenigstens auszumachen ist, dass die Schritte, die wir tun, an diesen Marksteinen orientiert bleiben, ob deutlich wird, dass die Richtung stimmt. Dies sind inhaltliche Fragen. Die Glaubwürdigkeit steht und fällt damit, wie offen und ehrlich die Positionen bestimmt werden, wie kritisch und selbstkritisch und für den Bürger nachvollziehbar politisches Handeln auf Perspektiven und Grundsätze abgeklopft wird. Und die Glaubwürdigkeit reicht bis hin zum Stil unseres Regierens in Bund, Ländern und Gemeinden, des Miteinanderstreitens und den Umgang mit dem Willen der Bürger – aber auch der persönlichen Amtsführung.
Über allem zweifelsohne notwendigen Pragmatismus darf uns das prinzipielle Denken und Handeln nicht abhanden kommen. Die Notwendigkeit, auf die Möglichkeiten des Machbaren zu verweisen, darf nicht zum Schlagstock werden gegen Forderungen des Noch-nicht-Machbaren, aber Gebotenen.

Anton Pelinka

Sozialdemokratie

Der Begriff Sozialdemokratie kann nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Theorie des Sozialismus verstanden werden. Eine geschlossene Tradition des Sozialismus, losgelöst von verschiedenen vereinzelten sozialistisch getönten Utopien etwa der beginnenden Neuzeit, entwickelte sich erst im Gefolge der Französischen Revolution. Beeinflusst von der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution, formulierten am Anfang des 19. Jahrhunderts verschiedene Theoretiker das Konzept einer sozialistischen Gesellschaft. Diesen theoretischen Ansätzen war gemeinsam, dass sie den Gedanken der Französischen Revolution, dass sie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auch auf die Ökonomie, auf die Produktionsverhältnisse übertragen wollten. Die Theorien der Frühsozialisten wurden schliesslich weitergeführt und zu einer politischen Bewegung integriert – durch die Wirkung der Person und der Werke von *Karl Marx,* durch die Folgen der Revolutionen von und nach 1848. Die Welle der Industrialisierung und der Parlamentarisierung, die damals durch Europa ging, bereitete einer politischen Bewegung, eben der Arbeiterbewegung, den Boden; auf diesem Boden wurde der Sozialismus zur politischen Praxis, zur Partei, zur Sozialdemokratie.

Sozialdemokratie war zunächst ein umfassender Begriff für die Arbeiterbewegung Europas, die vor allem, freilich nicht ausschliesslich, sich als marxistisch verstand. Diese um die Mitte des 19. Jahrhunderts relativ einheitliche Sozialdemokratie war durch drei Wurzeln und die dadurch bedingten, fundamentalen Frontstellungen bestimmt:

- Aufklärung und Rationalismus; dadurch Frontstellung gegen das damals herrschende Verständnis von Kirche und Religion.
- Revolution und Demokratie; dadurch Frontstellung gegen die konservativen Strömungen.
- Soziale, vor allem ökonomische Egalität; dadurch Frontstellung gegen die liberalen Strömungen.

Sozialdemokratie als sozialistische, vor allem marxistische Theorie; Sozialdemokratie als Arbeiterbewegung, die sich zunehmend der Organisationsformen von Gewerkschaften und Parteien bediente: Das konstitutive Element sozialistischer Theorie und sozialdemokratischer Praxis war jedenfalls die prinzipielle Opposition zu den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen, zu den diese Zustände rechtfertigenden Theorien. Unabhängig von der Frage nach den Methoden, mit denen die Sozialdemokratie die bestehende Gesellschaft von Grund auf verändern wollte,